



**Apfelbaum braucht  
Wurzelraum**

## Wahlprüfsteine

### **Seit 1998 Kampf gegen den Ausverkauf von wertvollen Grünflächen in Hamburg!**

Hamburg bietet seinen Bewohnern bisher dank seiner Parkanlagen, Kleingartenkolonien und Elbwanderwege eine hohe Lebensqualität. Diese Qualität zieht auch viele Menschen an, die in dieser grünen Großstadt leben wollen. Seit fast 50 Jahren werden Hamburgs Grünflächen jedoch immer mehr vernichtet und als Bauland an Investoren verkauft. Als stets wiederkehrendes Argument wird vom Hamburger Senat die aktuelle Wohnungsnot genannt.

Doch wie werden die vielen Menschen und vor allem die Kinder, für die diese Wohnungen gebaut werden, in 10 oder 20 Jahren in Hamburg leben? Immer noch in einer grünen Großstadt mit Lebensqualität? Oder in einer Betonwüste ohne Erholungs- und Bewegungsflächen?

### **Alarmierendes Defizit an wohnungsnahen Freiräumen**

Eine Versorgungsanalyse der Behörde für Stadtentwicklung von 1997 weist erhebliche Defizite bei wohnungsnahen Freiräumen für Altona-Altstadt, Altona-Nord und Ottensen nach und bescheinigt eine hohe Dringlichkeit für die Freiraumversorgung.<sup>1</sup> Seitdem hat sich viel verändert, und zwar zum Negativen – das Defizit ist erheblich gewachsen! Der Verbrauch von Grün- und Freiflächen hat sich in den vergangenen zehn Jahren in Hamburg verdoppelt, jährlich wird in Hamburg etwa die zweifache Fläche der Außenalster bebaut und versiegelt.

### **Jahrzehntelanger Ausverkauf von wertvollen Kleingartenflächen in Altona**

Bereits Anfang der 70er Jahre fielen Hunderte von Kleingärten dem Bau der A7 zum Opfer. Und die einstige Gartenstadt Altona – geprägt von den Stadt- und Landschaftsplanern Gustav Oelsner und Ferdinand Tutenberg – soll nach dem Willen der Politik immer weiter an Substanz einbüßen. Seit 2007 plant und verwirklicht der Hamburger Senat im Zuge des Deckelbaus für die A7 weitere 560 der hundert Jahre alten Kleingärten am Volkspark und am Rande von Ottensen als begehrte Verwertungsfläche zu verkaufen und bebauen zu lassen. Hier geht es um ganze 35 Hektar Grün-, Sport- und Erholungsflächen! Die Bebauung der Grünflächen

---

1 Quelle: Versorgungsanalyse für wohnungsnah, siedlungsnah und übergeordnete Freiräume Stadtentwicklungsbehörde Hamburg, 1997.

wird für die Bewohner und Bewohnerinnen der extrem dicht besiedelten Stadtteile Ottensen, Bahrenfeld und Altona-Altstadt einen weiteren einschneidenden Verlust an Lebensqualität bedeuten.

### **Aktuelle Situation im Ringen um Altonas Kleingärten**

Die Initiative „Apfelbaum braucht Wurzelraum“ (AbW) kämpft seit 1998 für den Erhalt dieser betroffenen Kleingärten und für den Schutz wertvoller Grünflächen und Kleingärten in ganz Hamburg. 2008 hat sie mit fast 9000 Unterschriften erfolgreich ein **Bürgerbegehren** erwirkt. Dieses hat der damalige schwarz-grüne Senat 2009 **per Evokation ausgehebelt**. Die Politiker warfen den Kleingärtnern „egoistische Partikularinteressen“ vor.

Seit 2017 besteht nun für die von der A7- Deckelplanung beanspruchten Kleingärten ein **Vertrag** zwischen dem Landesbund der Gartenfreunde, dem Verein Heimgartenbund Altona und der Stadt Hamburg, der die **Existenz dieser Gärten sichern** soll, bis sogenannten „Ersatzflächen“ für die Kleingärten auf dem zukünftigen A7-Deckel zur Verfügung stehen.

Aktuell sind diese Kleingärten jedoch in einem völlig neuen Zusammenhang wieder als günstige Bauflächen im Gespräch. Diesmal werden sie u.a. von der **Hamburger Schulbehörde** beansprucht, die völlig überraschend einen akuten Bedarf an neuen Schulen in Altona festgestellt hat. In dem bis September 2019 gültigen Schulentwicklungsplan von 2012 wurde dieser Bedarf nicht genannt.

Nach den Vorstellungen der zuständigen Behörden sollen zwei neue Schulen auf Altonas hundert Jahre lang gewachsenem Kleingarten-Areal an der Behringstraße und am Schwengelkamp nahe der A7 entstehen. Der bereits erwähnte Vertrag von 2017 spielt für die Planer dabei überhaupt keine Rolle. Völlig außer Acht gelassen wird von ihnen auch, dass Flächen für einen Schulneubau an viel geeigneterer Stelle durchaus zur Verfügung stehen (z.B. an der Gasstraße). Die Verkehrssicherheit von Kindern und Jugendlichen, die in direkter Nähe zum Autobahnzubringer Behringstraße zur Schule gehen müssten, wird in den Planungen gleichfalls nicht berücksichtigt.

Auch auf einen konkreten **Lösungsvorschlag von Seiten des Heimgartenbundes Altona** wurde bisher nicht eingegangen. Dieser hatte u.a. eine Umsiedlung der Gärten vom Schwengelkamp auf den Sportplatz Othmarscher Kirchenweg angeboten, um damit eine zeitnahe (ggfs. 2020!) Verfügbarkeit der Flächen am Schwengelkamp für den Neubau einer Grundschule ohne Container-Zwischenlösung auf o.g. Sportplatz zu ermöglichen. Mit diesem Vorschlag könnte zudem eine große durchgehende Grünfläche und die Obstbaumwiese beim Röpershof für die Öffentlichkeit erhalten bleiben, sowie auf die Umsiedlung der Flüchtlinge am Holmbrook verzichtet werden.

Durch die vom Heimgartenbund vorgeschlagene Lösung hätte die Stadt Hamburg nicht nur die Möglichkeit, sehr zügig eine neue Grundschule bauen zu können, durch das Einsparen von Zwischenlösungen (Container-Schule auf Sportplatz) und der Umsiedlung der im Holmbrook gut integrierten Flüchtlinge würde sie auch immense Kosten sparen. Dadurch würde die Umwandlung der bisher für die A7-Deckel-Finanzierung verplanten Kleingärten in Dauerkleingärten möglich.

Der Vorschlag des Heimgartenbundes wurde jedoch **in keinster Weise in den aktuellen Planungen berücksichtigt**, wohingegen die Interessen der Bauträger, die auf dem Sportplatz den Neubau von 65 Wohnungen planen (35 Genossenschafts-Mietwohnungen - davon 10 öffentlich geförderte, 9 Eigentumswohnungen und 21 Eigentums-Reihenhäuser), sehr intensiv bedacht wurden.

Mit Bezug auf die vorhergehenden Informationen fordern wir Sie **als für die Hamburger Bürgerschaftswahl 2020 kandidierende Partei** daher auf, sich unseren nachfolgenden **Fragen / Wahlprüfsteinen** zu stellen und diese möglichst konkret und schriftlich **bis spätestens zum 9. Januar 2020** zu beantworten:

**1. Wie stehen Sie generell zum Motto „Wachsende Stadt“ und der daraus resultierenden Verdichtung?**

Wachstum darf nicht grundsätzlich als etwas Schlechtes angesehen werden, andererseits ist eine wachsende Stadt kein Selbstzweck. Die Devise, "Wachstum, koste es was es wolle" ist grundsätzlich abzulehnen. Daraus resultiert, aus Sicht der AfD, dass bei der Stadtentwicklung viel stärker als bisher in Kooperation mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein die Metropolregion mit einbezogen werden muss.

**2. Wie stellen Sie sicher, dass in der wachsenden Stadt Hamburg auch in Zukunft ausreichend Grünflächen vorhanden sind?**

Die Quadratur des Kreises beherrscht die AfD auch nicht. Wenn die Stadt weiter wächst und verdichtet wird, wird Grünfläche verloren gehen. Die Bemühungen, mit begrünten Dächern oder Fassaden diesem entgegenzuwirken ist okay, aber es bleibt geringwertigerer Ersatz im Vergleich zur versiegelten Fläche. Aktive Maßnahmen wären:

- höher bauen, wo es sich anbietet um den Flächenverbrauch zu reduzieren.
- Metropolregion mit in die Stadtentwicklung einbeziehen ( ...aber dann wird halt dort Grün verloren gehen.).
- Keine Ausnahmegenehmigungen für besonders schützenswerte Grünflächen (Tabu).
- Für schützenswertes Grün die Hürden für die Bebauung so hoch hängen und/oder teuer machen, dass es nur noch in besonders begründeten Fällen vorkommen kann.
- Renaturierung war schon mal stärker im Focus als heute. Dies muss intensiver als jetzt wieder praktiziert werden.

- 100%tiger Ersatz in Menge und Qualität als Ausgleich für die Überbauung schützenswerter Grünflächen innerhalb der Stadtgrenzen.

**3. Welche Parameter werden für die Planung von städtischen Grünflächen herangezogen, welche sollen es Ihrer Meinung nach in Zukunft sein (Einwohnerzahl, Fläche, Sozialindex, Altersstruktur....)?**

Hier kann es aus Sicht der AfD keine Formel oder Parameter geben, die festlegen, wo welche Grünflächen in nennenswerter Größenordnung entstehen. Zu groß ist die Anzahl der Faktoren, die dabei eine Rolle spielen. Die in der Fragestellung erwähnten Punkte sind dabei nur ein Auszug. Bei anderen Grünflächen, wie z.B. Straßenbegleitgrün, wäre unsere Vorgabe, wo immer dies möglich ist, dieses auch tatsächlich anzulegen.

Denkbar wäre allerdings, dass so wie die GRZ-Zahl eine „GFZ-Zahl“ (Grünflächenzahl) eingeführt wird, die festlegt, wie viel Fläche in einem bestimmten Gebiet unversiegelt bleibt und begrünt wird.

**4. Was müsste für Sie ein „Grünentwicklungsplan Ottensen / Othmarschen / Bahrenfeld und Umgebung“ auf jeden Fall sicherstellen?**

Dies sieht die AfD eher als ein kommunalpolitisches Thema an. Daher sollten Menschen vor Ort und u.a. auch politische Vertreter aus der jeweiligen Bezirksversammlung diesen Prozess gestalten, zusammen mit der fachlichen Kompetenz aus den zuständigen Behörden. Bei der Planung der Grünflächen sollten neben den Bedürfnissen und Wünschen der ansässigen Bürger, auch die Auswirkungen auf das Stadtklima, Stichwort "Stadtbelüftung", berücksichtigt werden.

**5. Bebaute Flächen können umgewandelt werden, etwa ein Gewerbegebiet in ein Wohngebiet. Eigentlich nie werden bebaute Flächen wieder zu Grünflächen. Wie sieht für Sie unter diesem Aspekt eine verantwortungsvolle Stadtplanung aus?**

Stimmt, aber unmöglich ist es dennoch nicht, es wird einfach nur nicht praktiziert. Hier nochmals der Hinweis, verstärkt eine Renaturierung in geeigneten Fällen vorzunehmen. Zum anderen ist größte Zurückhaltung beim Vernichten von Grünflächen geboten.

**6. Wie gewichten Sie die vorhandenen unterschiedlichen Interessen von Wohnbebauung, Krankenhausneubau, Schulplanung, dem jetzigem Krankenhausgelände (Denkmalschutz), Verkehrsplanung und Grünflächenerhalt und –entwicklung in Bezug auf den „Rahmenplan Krankenhausquartier Altona“?**

Solche Planungen beinhalten zwangsläufig einen Zielkonflikt. Die Kunst besteht hier darin einen Interessenausgleich vorzunehmen, mit dem die Mehrheit der Beteiligten/ Betroffenen nach Realisierung leben kann.

Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten, Verkehrswege richten sich nach den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedarfen und Interessen aus. Jedoch sollte auch bei übergeordneten Interessen, immer in enger Verzahnung und mit entsprechender Beteiligung der betroffenen Bevölkerung, eine Planung vorgenommen werden.

Wir lehnen den Plan daher nicht ab. Allerdings sollte diese Planung vollständig bekannt gemacht und dabei Alternativen rechtzeitig aufgezeigt werden. Der zeitliche Horizont sollte mindestens über die nächsten 20 Jahre gehen, damit insbesondere die Anwohner wissen was auf sie zukommt, sowie eine rechtzeitige

Einem Krankenhausneubau und damit eine verbesserte medizinische Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, steht die AfD-Fraktion positiv gegenüber. Hinsichtlich der 'grauen Energie' halten wir auch den Erhalt von intakten Gebäuden für wünschenswert, ein schlüssiges Nutzungskonzept und –dauer vorausgesetzt.

Ähnliches gilt für den Schulneubau. Man kann nach Ansicht der AfD-Fraktion an vielen Dingen sparen, nur nicht an der Bildung. Dazu gehören auch unbedingt entsprechende Rahmenbedingungen.

**7. Die aktuell angebotenen Ersatzflächen für die im Visier der Schulbehörde stehenden Kleingartenflächen beinhalten die Vernichtung von öffentlich zugänglichem Grün (Röpersweide) und die Umsiedelung von am aktuellen Standort gut integrierten Flüchtlingen (Holmbrook). Wie ist die Haltung Ihrer Partei zu diesen Verdrängungseffekten?**

In der Einleitung wurde erwähnt, dass Kleingärten zunehmend als günstiges Bauland angesehen werden. Kleingärten sind kein günstiges Bauland, sie sind wertvolle Naherholungsgebiete und noch vieles mehr. Die Überbauung und gleichzeitige Verlagerung an den Stadtrand muss aufhören. Dadurch werden u.a. ja auch Gemeinschaften, die sich über Jahrzehnte entwickelt haben, auseinandergerissen.

Trotz der vorhergehenden Positionierung, halten wir in diesem Fall, nach Fertigstellung des A7-Deckels Altona, eine 1:1 Verlagerung, sowohl in der Fläche, als auch in der Anzahl, der in Betracht gezogenen Areale für eine durchaus realisierbare Möglichkeit. So könnte der Kleingartenverein als geschlossene Einheit umziehen. Der neue Standort grenzt direkt an den bisherigen und verbleibt in 'seinem Revier', einem dicht bebauten Stadtgebiet.

**8. Der Krankenhausneubau für die Asklepios-Klinik Altona wurde in der Bürgerschaft beschlossen. Als Grundlage für den Beschluss wurde ein Gutachten genannt, das trotz mehrerer Anfragen nicht öffentlich zugänglich gemacht wurde. Wie ist die Position Ihrer Partei hierzu?**

Das DSGVO definiert schützenswerte Daten. Darüber hinaus gibt es Geschäftsgeheimnisse, die ebenfalls schützenswert sind. Wenn mein Mitbewerber meine Angebotspreise googeln kann, wird sich zukünftig immer der größte Platzhirsch durchsetzen können, da dieser i.d.R. unterbieten kann.

Expertisen, Analysen, Gutachten gehören nicht dazu und sind vollumfänglich im Transparenzportal offenzulegen.

**9. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die aktuell als Entwicklungsflächen markierten Gebiete auf dem Krankenhausgelände zukünftig als Schulstandort ausgewiesen werden?**

Die AfD hat sich noch nicht ausreichend mit diesem Sachverhalt befasst. Daher können wir aktuell keine Positionierung mitteilen.

**10. Was tut Ihre Partei dafür, dass die Stadt Hamburg Grundstücke (z.B. in der Gasstraße) für den Schulbau aufkauft?**

Aktiv können wir als Oppositionspartei gar nichts dafür tun. Allerdings halten wir es für richtig, dass der Senat vorausschauend Grundstücke für eine aktive Stadtplanung aufkauft, egal ob für den Bau von Schulen, sozialen Einrichtungen oder die Verkehrsinfrastruktur.

**11. Im Kontext der aktuell dringend benötigten neuen Schulen will man die enormen Fehlplanungen der zuständigen Behörden nun auf die Schnelle zu Ungunsten von öffentlichen Grünflächen und Kleingärten beheben. Was tut Ihre Partei dafür, dass ein Schulstandort nördlich der Behringstraße entwickelt wird, um dem Grundsatz „kurze Beine – kurze Wege“ gerecht zu werden, der zudem die Verkehrssicherheit der Kinder im Blick hat?**

Wir kennen etwaig zugrunde liegende Bedarfe in diesem Gebiet nicht ausreichend, um eine solche Planung bewerten zu können.

**12. Kleingärten fungieren auch als Begegnungsstätten für Menschen aller Generationen und sozialer Schichten. Sie sind ein Erlebnis-, Lern- und Erfahrungsraum für Kinder, dienen der Erholung und Bewegung und bieten ein kreatives Betätigungsfeld für alle. Wie berücksichtigen Sie diesen wichtigen sozialen Aspekt bei weiteren Planungen?**

Kleingärten sind selbstverständlich schützenswerte Grünflächen. Neben den in der Fragestellung genannten Aspekten, sind Sie Naherholungsgebiet für Anwohner und die Kleingärtner und dienen der lokalen Klimaverbesserung. Diese zunehmend der wachsenden Stadt zu opfern ist falsch und muss aufhören.

Grundsätzlich sollte das Bestreben der Stadtentwicklung sein, mehr Kleingärten zu gründen und das nicht nur am Stadtrand. Es gilt, mehr Menschen als bisher die Möglichkeit zu bieten einen solchen zu pachten.

**13. Die umliegenden Sportplätze am Trenknerweg, am Othmarscher Kirchenweg und die Adolf-Jäger-Kampfbahn sind zur Bebauung freigegeben bzw. werden schon bebaut. Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch in Zukunft alle Teile der Bevölkerung, insbesondere auch Kinder und Jugendliche, einen ausreichenden und sicheren Zugang zu wohnortnahen Bewegungs- und Erholungsräumen haben?**

Die AfD Hamburg verfolgt eine Stadtentwicklungspolitik, die das Einwohnerwachstum stärker ins Hamburger Umland verlagert, dadurch wäre es obsolet die genannten Flächen zu überbauen.

**14. Die große ökologische Bedeutung der derzeit noch bestehenden Kleingartenanlage zwischen Behringstraße und Bernadottestraße ist unbestritten. Wie stehen Sie zur Vernichtung der über 100 Jahre gewachsenen alten Kleingartenanlage und der damit verbundenen Vernichtung der Artenvielfalt?**

Unsere Einschätzung hinsichtlich der Wertigkeit von Kleingartenvereinen haben wir ausreichend in den vorhergehenden Antworten beschrieben. Wenn keine Möglichkeit des 1:1 Ausgleichs in geringer Entfernung möglich ist, lehnen wir die Überbauung von Kleingärten im innerstädtischen Bereich ab. Dies wäre bei den Kleingärten in dem angesprochenen Areal der Fall.

**15. Dass vor allem große, zusammenhängende Grünflächen einen ausgleichenden Effekt auf das Stadtklima haben, ist hinlänglich bekannt. Als Frischluftschneisen mit hohem Sauerstoffgehalt bilden sie ein Gegengewicht zur dichten Bebauung und sie sorgen für einen messbaren Temperatúrausgleich – vor allem in heißen Sommern. Wie werden Sie sicherstellen, dass dieser Aspekt (auch in Zukunft) in die Stadtplanung einfließt?**

Der Punkt Frischluftschneisen ist städtebaulich ein sehr wichtiger Punkt. Dies ist in der Bevölkerung bisher zu wenig bekannt. Die Effekte neuer Bebauung müssen durch städtebauliche Strömungssimulationen vorher betrachtet werden, um künftig noch besser in die Stadtplanung einfließen zu können.



**16. Anfang Dezember hat der Hamburger Senat ein großes Klimaschutzpaket angekündigt. Auch der Bezirk Altona hat im Oktober 2019 bereits entsprechende Beschlüsse auf den Weg gebracht, mit denen er sich verpflichtet, „alle baulichen Maßnahmen des Bezirks [...] hinsichtlich ihrer Auswirkungen aufs Klima“ zu überprüfen und Lösungen zu bevorzugen, „die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken“.<sup>2</sup> Kleingärten kommen diesbezüglich eine kaum zu überschätzende Bedeutung zu. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Kleingärten als integralen Bestandteil des innerstädtischen Grüns zu erhalten?**

Klimaplan hin oder her. Wir können hier nur das zuvor in Bezug auf Kleingärten gesagte wiederholen. Eine Maßnahme für den besseren Schutz der Kleingärten wäre sicherlich eine Interessenvertretung, die diesen Namen auch verdient. Ob das der Fall durch den jetzigen Landesverband der Fall ist darf bezweifelt werden. Schön wäre auch, wenn Aussagen politischer Verantwortlicher Akteure entsprechendes Handeln nach sich ziehen würde.

**17. Werden Sie sich darüber hinaus dafür einsetzen, in Altona zu den bestehenden Kleingärten neue, wohnortnahe Gartenflächen zu schaffen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen soll dies erfolgen?**

Die AfD Hamburg unterstützt sowohl in der Bürgerschaft, als auch in den Bezirksversammlungen alle Maßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Grünflächen, auch von Kleingärten. Vorrangiges Ziel ist jedoch die Vermeidung weiterer Versiegelung. Das wäre erfolversprechender.

Das dies unter den jetzigen Umständen nicht leicht ist, ist uns bewusst. Erschwerend kommt hinzu, dass ein Kleingartenverein schon über eine Mindestanzahl an Parzellen mit entsprechender Größe verfügen sollte.

**18. Wie wird Ihr konkretes Engagement für die Kleingärten im Gebiet Ottensen/Othmarschen aussehen?**

Wie bereits dargestellt und durch zahlreiche Positionierungen in der Bürgerschaft auch belegbar, sind wir gegen die derzeitige Nachverdichtung der Stadt in der durchgeführten Art und Weise. Die „Wachsende Stadt“ darf kein Selbstzweck sein und Grünschnitten sind zu erhalten und nach Möglichkeit zu vergrößern. Wir stehen daher zu der Kleingartenanlagen in Ottensen genauso, wie wir zu allen anderen Kleingartenanlagen in Hamburg stehen.

---

2 vgl. Bezirksversammlung Altona vom 24.10.2019, Drucksachen-Nr. 21-0123.3, S. 1-2.



Die **Ergebnisse der Wahlprüfsteine** werden wir in einer breit beworbenen Veranstaltung im Rahmen einer **Podiumsdiskussion** diskutieren. Dazu laden wir die entsprechenden Fachsprecher Ihrer Partei ein.

**Diese Veranstaltung findet am Donnerstag, den 23.01.2020, um 19:00 Uhr statt. Veranstaltungsort ist die Aula der Schule Hirtenweg, Holmbrook 10, 22605 Hamburg.**

Bitte teilen Sie uns **bis 31.12.2019** mit, wer von Ihrer Partei an der Veranstaltung teilnimmt, damit wir die Ankündigungen entsprechend formulieren können.

Hamburg, 06.12.2019